



---

## Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/015/2008)

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 20.11.2008  
**Sitzungsbeginn:** 16:03 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:55 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus-Neubau, Zimmer 413

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

---

#### stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

---

#### Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks

---

Frau Sandra Bockhöfer

---

Herr Dr. Kai Dröge

---

Herr Walter Düngemann

---

Herr Wilhelm Mohr

---

Herr Michael Runden

---

Herr Heinz Dieter Schmidt

---

Herr Remmer Schröder

---

#### stellv. Mitglieder

Herr Hans Fricke

---

für Herrn Olav Fricke

---

#### Verwaltung

Herr Bürgermeister Wolfgang Kellner

---

Herr Erster Stadtrat Dr.Thomas Helmke

---

Herr Arnold Hinrichs

---

Herr Erich Buß

---

Herr Hartmut Schubert

zugleich Protokollführung

---

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Olav Fricke

---

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28-10-2008 (XV/14)
- 3 Entscheidung über die 3. Änderungssatzung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Leer (Ostfriesland)  
Vorlage: 8.202/XV/0566/2008
- 4 Haushalt 2009
  - Verwaltungshaushalt  
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 06-11-2008)
  - Erörterung der vorliegenden Anträge der Politik  
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 13-11-2008)
  - Investitionsliste (Vermögenshaushalt)  
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 13-10-2008)
  - Investitions- und Finanzplan 2008 - 2012 (sh. Anlage)
- 5 Informationen
- 6 Anfragen

## Protokoll/Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnete um 16.03 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Runden bat um Verschiebung des Tagesordnungspunktes 4 auf die nächste Sitzung im Dezember, da noch Diskussionsbedarf in seiner Fraktion bestehe zu den Anträgen der Politik und den dazu ergangenen Ergebnissen der interfraktionären Beratung der SPD- und der CDU-Fraktion, über die nun hier entschieden werden solle.

Herr Sattler bat um Abstimmung.

Der Antrag auf Vertagung wurde mit einer Gegenstimme abgelehnt.

#### **TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28-10-2008 (XV/14)**

**Beschluss:** (10 JA-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Die Niederschrift wird genehmigt.

#### **TOP 3 Entscheidung über die 3. Änderungssatzung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Leer (Ostfriesland) Vorlage: 8.202/XV/0566/2008**

Der Vorsitzende verwies darauf, dass lediglich redaktionelle Änderungen aufgrund bestehender Rechtsprechung die Satzungsänderung erforderlich gemacht hätten. Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat er um Abstimmung.

**Beschluss:** (Einstimmig)

Dem Rat wird empfohlen, die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Vergnügungssteuer der Stadt Leer (Ostfriesland) zu beschließen (Anlage 1).

#### **TOP 4 Haushalt 2009 - Verwaltungshaushalt (sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 06-11-2008)**

- **Erörterung der vorliegenden Anträge der Politik (sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 13-11-2008)**
- **Investitionsliste (Vermögenshaushalt) (sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 13-10-2008)**
- **Investitions- und Finanzplan 2008 - 2012 (sh. Anlage)**

Der Bürgermeister wies einleitend auf die sich abzeichnende negative Entwicklung der FAG-Leistungen für 2009 hin, die sich lt. neuesten Informationen des Nds. Städtetages ergeben hätten und insbesondere den Verwaltungshaushalt stark beeinträchtigen würden. Nach neuesten Berechnungen werde sich die Schlüsselzuweisung entgegen dem bisherigem Planansatz von 2,7 Mio. € auf rd. 1,2 Mio. € reduzieren. Das ziehe gleichzeitig eine Erhöhung der Kreisumlage nach sich von bisher 14,3 Mio. € auf nunmehr 16,2 Mio. €. Dadurch verschlechtere sich das Planungsergebnis des Verwaltungshaushaltes 2009 um rd. 3,3 Mio. €. Der investive Anteil der Schlüsselzuweisung verringere sich um rd. 90 T€.

Dies seien aber noch keine amtlichen Zahlen, sondern nur Vorabberechnungen des Nds. Städtetages aufgrund der Novembersteuerschätzungen. Die amtlichen Werte des Landesstatistikamtes lägen noch nicht vor.

Damit zeige sich aber einmal wieder deutlich, dass im Finanzausgleich alle Kommunen „gleich gemacht“ würden. Anstrengungen der Gemeinden zur Steigerung der Steuerkraft – und hier insbesondere der Gewerbesteuer – würden über den Finanzausgleich zeitversetzt wieder kompensiert werden.

Die Steuerkraft der Stadt Leer habe sich in den vergangenen Jahren stark entwickelt. Habe sie in 2004 noch bei 24,1 Mio. € gelegen, so sei sie für 2009 bei ca. 35 Mio. €. Wenn alle Gemeinden so kräftige Zuwachse hätten, wäre der Einschnitt bei den Zuweisungen eventuell nicht so drastisch.

Alleine die Realsteuern (Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer) seien in 2004 von 16,3 Mio. € auf ca. 25,5 Mio. € in 2009 gestiegen. Auch die Einkommenssteuer, die sich ja berechnet nach dem regionalen Lohn- und Einkommensteueraufkommen in der Gemeinde, sei in den Jahren von 6,4 auf ca. 8,2 Mio. € angestiegen. Dieser Anstieg sei sicherlich auch eine Folge der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Die damit verbundene rd. 3 Mio. € große Verschlechterung für den Verwaltungshaushalt werde man nicht auf einen Schlag kompensieren können.

Herr Düngemann übergab der Verwaltung eine Auflistung zu den Planansätzen für 2009, bei denen seitens der CDU-Fraktion noch Erklärungsbedarf bestünde, da hier wesentliche Auffälligkeiten zu den Rechnungsergebnissen des Jahres 2007 festzustellen seien. Diese Beantwortung könne über das Protokoll erfolgen. Insbesondere sei hier der EDV-Bereich zu nennen. Abgesehen von den erklärbaren Kosten für den Doppikbereich sei immerhin eine Steigerung von 46,54 % festzustellen.

Auch einige Aufgabenbereiche, die durch die AöR erledigt würden, hätten hohe Ansatzserhöhungen zu verzeichnen. So sei auch nicht nachvollziehbar, warum es einen so hohen bzw. überhaupt einen Zuschussbedarf zur Müllabfuhr gäbe.

Auch der Zuschussbedarf im Bereich Verkehr (Fachdienst 1.32) sei über 100 Prozent gestiegen.

Dagegen würden in anderen Bereichen die bisherigen Überschüsse aus nicht erklär-  
baren Gründen sinken wie beispielsweise bei den Altenwohnungen oder den Grund-  
stücken.

Herr Hinrichs führte zu den EDV-Ansätzen aus, dass es sich hier größtenteils um  
innere Leistungsverrechnungen handeln würde, die sich in Einnahme und Ausgabe  
ausgleichen.

### **Protokollantwort zur CDU-Anfrage:**

*Sh. Anlage 2*

Auf Anfrage von Herrn Mohr zu der Erhöhung von rd. 7.800 € in 2007 auf 19.300 €  
im Bereich arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Betreuung erläuterte  
Herr Hinrichs, dass dies durch den mit der AöR-Gründung bedingten Wegfall des  
Verkehrssicherheitsingenieur – Herr Kremer – entstanden sei. Nunmehr muss diese  
Aufgabe fremd vergeben werden. Herr Sattler verwies dazu auf einen Beschluss im  
Personalausschuss, wonach zu prüfen sei, ob Herr Kremer auch weiterhin für die  
Stadt Leer diese Aufgaben erfüllen könne. Diese Lösung sei nach Information von  
Herrn Dr. Helmke bereits geprüft und aus Kostengründen (ca. doppelt so teuer wie  
eine Fremdvergabe) verworfen worden.

Im Gegensatz zu den gesunkenen Baugenehmigungsgebühren hätten sich für Herrn  
Mohr im gleichen Verhältnis die Personalkosten ändern müssen. Dies, so Herr Kell-  
ner, sei durch eine Verschiebung von Gebühreneinnahmen bei Großbauten bedingt,  
die jahresübergreifend seien. So schnell könne man keine flexible Personalanpas-  
sung vornehmen. Man sei aber an den Landkreis Leer herangetreten, ob diese Auf-  
gabe nicht in Zusammenarbeit erfüllt werden könne, warte aber noch auf eine Reak-  
tion.

Zu dem Hinweis von Herrn Mohr auf den starken Anstieg der Unterhaltungskosten im  
Bereich Seeschleuse erläuterte Herr Dr. Helmke, dass beide Schleusentore dringend  
einen neuen Konservierungsanstrich erhalten müssten. Dies schiebe man schon fast  
2 Jahre vor sich hin – nun aber dürfe die dringende Reparatur nicht mehr aufgeschob-  
en werden.

Herr Düngemann wies auf die Erbbauzinsen hin und bat um Information, wann diese  
letztmalig angepasst worden seien.

### **Protokollantwort:**

*Die von den Erbbauberechtigten an die Stadt Leer zu zahlenden Erbbauzinsen  
werden vom FD 4.23 regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.*

*Auf Empfehlung des Statistischen Bundesamtes konnte mit dem überwiegenden Teil  
der Erbbauberechtigten in den zurückliegenden Jahren neue Wertsicherungsklauseln  
vereinbart werden. Aufgrund dieser Klauseln wird der Erbbauzins „automatisch“ er-  
höht, wenn sich der Verbraucherpreisindex für Deutschland (Lebenshaltungskosten)  
um mehr als 10 % gegenüber der letzten Erhöhung verändert hat. Eine Sicherung  
des neuen zusätzlichen Erbbauzinses im Grundbuch ist durch die Wertsicherungs-  
klausel - auch Gleitklausel genannt - im Gegensatz zu früheren Vereinbarungen  
nicht mehr notwendig.*

*Der Zeitpunkt für eine Erhöhung hängt vom Monat der letzten Erhöhung und von der  
Entwicklung der Lebenshaltungskosten ab. Damit ist dieser Zeitpunkt auch für alle*

*Erbbauberechtigten unterschiedlich.*

*Die letzte Erhöhung hat zum 01.07.08 stattgefunden. Weitere stehen für Anfang 2009 bevor.*

Herr Sattler informierte den Ausschuss, dass die CDU- und die SPD-Fraktion sich gemeinsam mit den vorliegenden Anträgen der Politik und den dazu von der Verwaltung (sh. Schreiben vom 13-11-2008) vorgelegten Informationen und Vorschlägen auseinandergesetzt habe und das Ergebnis hier zur Diskussion und zum Beschluss bringen wolle.

Da der Bürgermeister darauf verwies, dass dieses Beratungsergebnis der Verwaltung nicht zur Stellungnahme vorgelegen habe, ergänzte Herr Düngemann, dass es sich hier nicht um neue Vorschläge handele, über die abgestimmt werden solle.

Auch Frau Bächle-Fiks bat sich ausreichend Zeit aus, über die jetzigen Vorschläge der beiden Fraktionen nachzudenken.

Sorge mache der Verwaltung noch der jetzt vorliegende Antrag des Schützenvereines Loga, erklärte Herr Kellner. Dort sei nunmehr der gesamte Investitionsaufwand mit 333.000 € angegeben worden, wozu die Stadt Leer mit einem Zuschuss von 200.000 € beitragen solle. Die gesamte Finanzierung sei aber sehr unausgereift und nicht abgesichert. So fehle auch noch die eingeplante Kostenzusage des Landessportbundes. Zudem verwies er auf einen bestehenden Grundsatzbeschluss, dass sich die Stadt Leer mit ihren Investitionszuschüssen grundsätzlich mit nicht mehr als 1/3-tel beteilige. Daher sei dieser Antrag noch nicht haushaltsreif.

Zur Friedhofserweiterung in Nüttermoor verwies der Bürgermeister darauf, dass der Bedarf noch überprüfungsbedürftig sei. Daher werde man mit der Kirchengemeinde noch entsprechende Gespräche führen.

Bezüglich der Kinderkrippenplätze gäbe es bereits eine Vorlage für den KJA.

Für Frau Bockhöfer seien die Ansätze für den Stadtteiltreff und den Bummert, wie in der Vergangenheit schon öfter dargelegt, unrealistisch und damit für die Haushaltsplanung nicht ausgereift.

Eine laufende Pflege der Ehrenmale sei für sie ausreichend.

Strikt ablehnen würde sie den Vorschlag der Abgabe der Kindergärten an den Landkreis Leer, denn diese Einrichtungen seien für sie ein wichtiger Beitrag für die Bildung, an der sich die Stadt selber beteiligen müsse.

Sie verwies auf das Schreiben der FDP-Fraktion vom 18-11-2008 und trug die dort genannten Maßnahmen vor, die seitens ihrer Fraktion erst für den Haushalt 2010 in Ansatz zu bringen seien, da sie gegenwärtig nicht von so bedeutender Relevanz seien.

Herr Düngemann verwies auf den Ansatz für Um- und Ausbau sowie Erneuerungen der städtischen Schulen von 400 T€ in 2009 hin und bat für seine Fraktion, den Ansatz in diesem Bereich für die Folgejahre auf jeweils 200 T€ in den Investitionsplan aufzunehmen.

Der FDP-Fraktion läge lt. Frau Bächle-Fiks der Klimaschutz sehr am Herzen. Daher sei sie der Ansicht, dass auch der jetzt auf 100 T€ erhöhte Ansatz nicht ausreichen

werde. Man müsse hier ein Konzept entwickeln und die Maßnahmen zügig umsetzen. Der Ansatz solle auf 250 bis 300 T€ erhöht werden.

Sie sprach sich zudem für ein vernünftiges Fahrradkonzept in Leer aus. Dies sei unbedingt anzustreben. Im Zusammenhang mit der Anbindung von Nesse-Dock an die Innenstadt solle hier ein Gesamtkonzept entwickelt werden. Die Verkehrsplanung des neuen Nesse-Dock-Geländes solle seinen Schwerpunkt nicht nur auf den PKW-Verkehr, sondern auch intensiv auf Radwege legen.

Der Ansatz für die Ausstattung der Schulen mit PC's solle überdacht werden, indem man eventuell andere Wege gehe. So müsse z.B. nicht jeder PC mit dem Internet vernetzt sein.

Der Ausschuss war allgemein der Ansicht, dass die Ansatzplanung von 300.000 €, die im Schreiben der Verwaltung vom 13-11-2008 angekündigt wurde für Investitionen in städtische Wohnhäuser, unter anderem auch Klimaschutzaufgaben zur Umsetzung beinhalte und daher der Ansatz für Energieeinsparmaßnahmen bei 100.000 € bleiben könne.

Herr Foest betonte noch einmal die Notwendigkeit, den Ansatz für die Umbau- und Renovierungsmaßnahmen an den städtischen Schulen zukünftig auf jährlich 200 T€ festzuschreiben, so dass dann auch im gleich Mittel zur Verfügung stehen würden, um dringende Mängel beseitigen zu können. Dies könne sich finanziell rechnen, denn es sei kontraproduktiv, immer erst dann einzuschreiten, wenn die Schadensbehebung unabwendbar sei. Gleichzeitig sind dabei Klima- und Umweltschutzmaßnahmen einzubeziehen, wie z.B. der Austausch von Glasbausteinen wegen seiner schlechten Wärmeisolierung.

Dem könne Frau Bächle-Fiks zustimmen, doch solle dabei nach einem vernünftigen Konzept vorgegangen werden.

Der Bürgermeister verwies darauf, dass die bei der durchgeführten Schulbereisung aufgefundenen Mängel sukzessive abgearbeitet werden würden.

Bei den städtischen Wohnungen gehe man von einem Sanierungsaufwand von rd. 3 Mio. € aus, wobei sich hiervon viele Maßnahmen auf eine Verbesserung des Umweltschutzes beziehen würden.

Herr Foest erinnerte an die Anregungen der CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren, die Wohnungen bis auf ca. 1/3-tel des Bestandes zu veräußern und mit dem Rest ausreichend der Daseinsvorsorge gerecht zu werden. Dies sei aber natürlich eine Frage der politischen Mehrheit.

Herr Schmidt zeigte sich entsetzt über die jetzt hier wieder aufgeworfenen Diskussion über den Verbleib der städtischen Wohnungen. Seit Jahren sei der Sanierungsbedarf bekannt. Die Politik habe einen Auftrag zur Ausgliederung erteilt, damit nicht wie in den vergangenen Jahren Überschüsse aus diesem Bereich im städtischen Haushalt verschwinden würden.

Überschüsse seien hier für Herrn Foest nicht erkennbar; wie auch die letzte Kalkulation gezeigt habe, mache die Stadt Leer mit den Wohnungen ein Minus.



Auch der Bürgermeister wies darauf hin, dass die Stadt hier keine Überschüsse erwirtschaften könne, wenn der Bereich betriebswirtschaftlich betrachtet werde. Dies werde sich durch die geplante Ausgliederung auch zeigen. Zudem sei sein Hinweis auf den Sanierungsaufwand von gut 3 Mio. € lediglich ein Hinweis gewesen, nochmals über die Wohnungen zu sprechen. Nur mit einer verbesserten Transparenz des städtischen Wohnungsbestandes werde man nicht mehr Geld erhalten.

Sicherlich werde die Sanierung Geld kosten, so Herr Schmidt, aber er lehne es strikt ab, für die Sanierung des städtischen Haushaltes das Tafelsilber veräußern zu lassen.

Für Herrn Fricke sei diese Diskussion nicht mehr nachvollziehbar. Seit Jahren sei bekannt, dass bei den Wohnungen einiges getan werden müsse; nur, dass hier nichts geschehen sei. Die Mehrheit für einen weiteren großen Verkauf werde es im Rat nicht geben.

Frau Bächle-Ficks zeigte sich enttäuscht über derartige Pauschalurteile, denn es entspreche nicht den Tatsachen, dass es im städtischen Wohnungsbereich keine Instandsetzungsarbeiten gegeben hätte.

Herr Runden wies auf die seit Jahren im Rat bestehende Mehrheit der SPD-Fraktion hin, die es aber in dieser Zeit nicht geschafft habe, den Investitionsrückstau zu vermeiden.

Nach Ansicht von Herrn Fricke liege hier die Schuld bei der Verwaltung.

Dem widersprach Herr Düngemann entschieden; schließlich gebe die SPD-Fraktion mit ihrer Mehrheit im Rat die Politik vor. Da könne man die Schuld jetzt nicht der Verwaltung zuschieben, denn die Politik hätte mit einem entsprechenden Beschluss hier entgegenwirken können und müssen.

Für Herrn Foest hätte man andere Prioritäten setzen müssen und beispielsweise die hohen Investitionskosten bei den Feuerwehrneubauten mehr in die Renovierung der städtischen Wohnungen stecken sollen. Und dies sei Aufgabe der Politik gewesen.

Nach Ansicht von Herrn Schmidt seien die Wohnungen nicht in so einem schlechten Zustand, wie immer gesagt werde. Das bestätige der hohe Belegungsstand und die durchweg gute Zufriedenheit der Mieter. Der seinerzeit angedachte Verkauf des Bestandes sei nicht auf Anregung der SPD-Fraktion überlegt worden.

Es sei ein guter Weg mit der sukzessiven Renovierung der Wohnungen, wie sie jetzt geplant sei und sich in den Haushaltsansätzen dokumentiere, so Frau Bächle-Ficks. Diesen Weg solle man so weitergehen.

Der Bürgermeister wies auf das Schreiben der Verwaltung vom 13-11-2008 hin, in der die Einplanung von 300.000 € zur Renovierung der Wohnkomplexe am Herm.-Lange-Ring und am Wendkamp angekündigt sei. Außerdem sehe er es als seine Pflicht an, die Politik über den gesamten Investitionsumfang von rd. 3 Mio. € zu in-

formieren. Dazu gäbe es aus Sicht der Verwaltung noch Erörterungsbedarf, denn die Mitteleinplanung habe Streichungen in anderen Bereichen zur Folge.

Herr Sattler wies noch auf zwei weitere Bereiche hin:

1. Die Bezuschussung des Tennisvereines Grün-Weiss mit 50.000 € Ansatz über 25 T€ in 2009 und Verpflichtungsermächtigung über 25 T€ für 2010)

und

2. die Streichung der Zuschusskürzung für den Zollhausverein. Hier liege mittlerweile ein Konzept des Vereines vor. Die Debatte darüber solle im Fachausschuss erfolgen. Dem stimmt der Ausschuss allgemein zu.

Herr Düngmann bat den Ausschuss darum, nunmehr die Beschlüsse zu den Anträgen der Politik lt. vorliegender Stellungnahme der Verwaltung vom 13-11-2008 zu fassen, über die grundsätzlich Einigung bestehe:

### **Vermögenshaushalt:**

(VE = Verpflichtungsermächtigung)

	Maßnahme	Begründung/Vorschlag der Verwaltung	Antrag der...	zusätzliche Mittelbereitstellung	Abstimmungsergebnis		
					JA	NEIN	Enthaltung
1	Planungskosten für die Anbindung der Christine-Charlotten-Str.	Die Maßnahme ist über das Projekt „Soziale Stadt“ abzuwickeln.	CDU	---	11	-	-
2	Einrichtung der längst beschlossenen Abbiegespur bei Lidl in Heisfelde	Die CDU-Fraktion beantragte 25.000,-- €; lt. Beschluss soll politisch nur eine Absichtserklärung erfolgen. Herr Kellner sagt eine Beratung im Fachausschuss zu.	CDU	---	11	-	-
3	Einrichtung einer Zuwegung zum Phillipsburger Park von Hohe Loga links am Schloss entlang	Kein Ansatz lt. Beschluss, da die Maßnahme in den Gesamtkomplex integriert werden soll.	CDU	---	11	-	-
4	Ansatzes für die Umgestaltung der Fußgängerzone	Die geforderte Einsparung (Halbierung) seitens der AWG-Fraktion wird von der Verwaltung nicht befürwortet, da die Maßnahme im Zusammenhang mit dem Abriss des Pavillons steht. Der Ansatz bleibt bei 40.000,-- €.	AWG	---	11	2	-

5	Restaurierung Ehrenmale	Lt. Herrn Kellner will sich der Landkreis Leer am Ehrenmal in Leer zu 50 % beteiligen.	SPD	25.000,-- €	8	1	2
6	Streichung des Ansatzes Festsaal	Die Verwaltung informiert, dass dem Ansatz über 30.000,-- € Spenden von 15 T€ gegenüber stehen. Daher sollte der Ansatz bestehen bleiben.	AWG	---	10	1	-
7	Energieeinsparmaßnahmen	Ansatzanhebung von 50 auf 100 T€	SPD/ AWG	50.000,-- €	11	-	-
8	Ansatz für den Austausch der Einfachverglasung der Plytenbergschule	Hier kann alternativ auch ein Teil des Ansatzes der Energieeinsparmaßnahmen in Anspruch genommen werden.	AWG	---	11	-	-
9	Haushaltsansatz für die städt. Schulen	Je 200.000,-- € Renovierungsansatz für die Folgejahre	CDU	---	11	-	-
10	Erhöhung des Ansatzes Ausstattung Schule/PC; Ansatzerhöhung für Erneuerung um 20.000 €	Die Verwaltung schlägt vor, den Ansatz bei 10.000 € zu belassen.	AWG	---	9	2	-
11	Feuerwehrhaus Logabirum	Planungskosten	CDU	5.000,-- €	9	2	-

Danach wurden die verbliebenen Vorschläge beschlossen:

(VE = Verpflichtungsermächtigung)

	Maßnahme	Begründung/Vorschlag der Verwaltung	Antrag der...	zusätzliche Mittelbereitstellung	Abstimmungsergebnis		
					JA	NEIN	Enthaltung
a	Stadtteiltreff Weststadt	Erhöhung des Ansatzes um 50 T€	SPD	Der <b>Antrag</b> der SPD-Fraktion <b>wird zurückgezogen</b>	<b>Kein Beschluss erforderlich</b>		
		Kein weiterer Ansatz, Begrenzung auf 130 T€	AWG				
b	Abgabe der Kindergärten an den Landkreis	Zunächst Beratung im Fachausschuss	CDU	---	2	7	2
c	Krippenplätze	130.000 € Ansatz lt. Herr Schmidt zur Umsetzung der Baumaßnahme	SPD	130.000,-- €	6	4	1
d	Kreisverkehr Bummert	Notwendiger Ansatz zur Umsetzung der Baumaßnahme; Anhebung um 200.000 €	SPD	200.000,-- €	6	5	-

		Kostenschätzung und Einstellung weiterer Beträge (Bummert und Ecke Ostersteg / Heisfelder Str.)	AWG				
e	Planungskosten Ausbau Brunnenstr.	Ansatz von 25.000,-- €	CDU	---	2	6	2
f	Planungskosten Ausbau der Straßen Am Bahndamm und des Parallelweges		CDU	25.000,-- €	7	1	3
g	Friedhofserweiterung Nüttermoor (Investitionszuschuss)	Lt. Verwaltung besteht hier u.a. wegen der Finanzierung noch Verhandlungsbedarf.	SPD	---	<b>Eine Beschlussfassung kann zum Haushalt 2009 noch nicht erfolgen.</b>		
h	Schützenverein Loga (Investitionszuschuss)	Lt. Verwaltung liegt hier noch kein prüfbarer Finanzierungsvorschlag vor. Herr Düngemann schlägt daher eine Vertagung vor.	SPD	---	<b>Eine Beschlussfassung kann zum Haushalt 2009 noch nicht erfolgen.</b>		
i	Tennis-Vereins "Grün Weiß" für den erforderlichen neuen Boden (Investitionszuschuss)	Der Antrag liegt seit dem 10-11-2008 vor	CDU	25.000,-- € (in 2009) 25.000,-- € (VE in 2010)	11	-	-
j	Ganztagsschule (Anschubfinanzierung)	Die Verwaltung schlägt eine VE vor; der Bürgermeister weist auf die Genehmigungspflicht durch die Kommunalaufsicht hin und schlägt eine VE von 10 T€ vor.	SPD	10.000,-- (VE in 2010)	9	-	2
k	Feuerwehrhaus Bingum	150 T€ als VE für 2010	SPD	---	5	5	1
		300 T€ als VE für 2010	CDU		5	5	1
l	Ansatz für die Abgabe bzw. den Verkauf eines Teils des städtischen Wohnungseigentums		AWG	---	1	6	4

Im Anschluss daran bat Herr Sattler um Abstimmung der Vorschläge zum Verwaltungshaushalt 2009.

### Verwaltungshaushalt:

	Maßnahme	Begründung/Vorschlag der Verwaltung	Antrag der...	zusätzliche Mittelbereitstellung	Abstimmungsergebnis		
					JA	NEIN	Enthaltung
1	Seniorenprogramm	Aufstockung des Ansatzes von 30 T€ auf 35 T€	SPD	5.000,-- €	3	2	1

2	Budgetierung der Mittel in den Schulen	Zunächst Beratung im Fachausschuss	CDU	---	<b>Kein Beschluss erforderlich</b>		
3	Streichung Zuschuss Sicherheitskräfte		CDU/ AWG	---	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>-</b>
4	Streichung Fördergelder Zollhaus	Zunächst Beratung im Fachausschuss	CDU/ AWG	---	<b>Kein Beschluss erforderlich</b>		
5	Ansatzreduzierung in allen Bereichen	Es wird eine Reduzierung von 10 % vorgeschlagen	CDU	---	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>-</b>
6	Reduzierung der Zuwendungen für die Werbegemeinschaft und den ASL		AWG	---	<b>10</b>	<b>1</b>	<b>-</b>
7	Bei der Bebauung am Kopfende des Freizeithafens wird ein Vorhaben- und Erschließungsplan gefordert.	<b>Weiterleitung lt. Verwaltung an LEEB</b>	CDU	---	<b>10</b>	<b>-</b>	<b>1</b>
8	Verlegung des Fluidsystems im Hafen aus Kostengründen zum Ufer	<b>Weiterleitung lt. Verwaltung an AöR</b>	CDU	---	<b>11</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Zum Thema Stadtteiltreff Weststadt wies Herr Kellner auf ein Gespräch mit dem Landkreis Leer hin, in dem dieser darum bittet, erst das Schulentwicklungsprogramm abzuwarten, da in diesem Zusammenhang auch über die Einrichtung einer IGS entschieden werden solle. Es liefe dann wohl darauf hinaus, dass diese IGS ihren Standort in Leer erhalten werde. Daher wolle Herr Bramlage derzeit nicht über Baumaßnahmen auf dem Gelände einer Kreisschule entscheiden und damit die Entscheidung über die IGS eventuell beeinträchtigen. Der Bürgermeister selbst sehe die Schaffung einer IGS in Leer als sehr wichtig an.

Herrn Fricke sei kein Tagesordnungspunkt im Kreisschulausschuss zu diesem Thema bekannt. Zudem finde er es nicht gut, erst jetzt über diese Entwicklung informiert zu werden. Aus seiner Sicht würden immer neue Gründe für eine Verzögerung der Umsetzung des Stadtteiltreffs gesucht werden. Diese Vorgehensweise halte er für nicht akzeptabel.

Frau Bächle-Fiks wies auf die Beratungen zum Haushalt 2008 hin, in der sich die FDP-Fraktion schon gegen den Ansatz von 130.000 € ausgesprochen habe. Sie sehe daher jetzt auch keinen Grund für eine Aufstockung dieses Betrages.

Man hätte gleich mit richtigen Zahlen kommen müssen, so Frau Bockhöfer. Sie lehne eine Erhöhung des Ansatzes ab.

Herr Foest wies auf die seinerzeitige Anmerkung der CDU-Fraktion hin, in der die Ansatzbegrenzung deutlich gemacht wurde. Für ihn sei es gravierend wichtig, eine IGS in Leer zu gründen. Daher sollte zunächst die Entscheidung beim Kreis abgewartet werden.

Frau Bächle-Fiks stellte den Antrag, die 130.000 € für den Stadtteiltreff umzuschichten zugunsten der Krippenplätze. Der Vorsitzende lies über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:** (3 JA-Stimmen, 7 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Sattler bat die CDU-Fraktion um ihre Deckungsvorschläge zu den eingebrachten neuen Haushaltsansätzen.

Herr Düngemann wies auf die neuen Zahlen des Finanzausgleiches hin und bat, die Veränderung dieser neuen Ansätze auf den Haushalt zunächst abzuwarten. Zudem müsste auch die Auswirkung der hier gefassten Beschlüsse im Haushalt abgewartet werden.

Der Bürgermeister wies auf die Anträge der FDP-Fraktion vom 18-11-2008 hin, die dem Protokoll samt Stellungnahme der Verwaltung beigefügt werden (Anlage 3).

Herr Mohr bat darum um eine Auflistung über noch zu erwartende Grundstücksverkäufe.

Frau Bächle-Fiks erkundigte sich nach dem Stand der Solaranlagen auf den Dächern städtischer Gebäude. Der Bürgermeister informierte, dass die EWE derzeit ihr Angebot zur Installation noch nicht umsetzen werde.

Für Herrn Foest seien aufgrund der neuen Ansätze Deckungsvorschläge zu finden, die wesentlich zur Finanzierung beitragen würden. Das werde sehr schwierig sein; daher sei an dieser Stelle nochmals vermerkt, dass alle Beteiligten mehr den Sparwillen erkennen lassen sollten, damit nicht die Lasten auf die kommenden Generationen verlagert werden würden. Auch die politische Wunschliste sei grundsätzlich klein zu halten.

Daran anschließend wies der Bürgermeister darauf hin, dass die Hürde der Kommunalaufsicht für die Genehmigung des Haushaltes 2009 sehr schwer sein werde. Dies habe sich schon beim Haushalt 2008 gezeigt. Man dürfe sich finanziell auch nicht verausgaben, da in der Zukunft auch noch große Projekte folgen würden. Dies müsse auch bedacht werden bei den Gegenfinanzierungsvorschlägen.

Herr Schmidt bat noch um die Aufnahme einer Ansatzserhöhung für die Kugelleuchten im Stadtgebiet, die derzeit sehr engerieaufwendig seien. Hier solle der Ansatz von 5.000 € auf 10.000 € erhöht werden.

Diesem Vorschlag stimmte der Ausschuss allgemein zu.

## **TOP 5      Informationen**

Der Bürgermeister informierte, das nunmehr entsprechend dem Beschluss des Kreistages des Landkreises Leer aus seiner Sitzung am 05-03-2008 die Höhe des Beitrages der Stadt Leer für das Jahr 2009 zur Finanzierung der Ausgaben zur Sa-

nierung und Modernisierung der Berufsbildenden Schulen in Leer auf 146.176,55 € festgesetzt sei.

Herr Sattler bat, ob aufgrund der am 04. Dezember 2008 in Rhede stattfindenden SPD-Delegiertenkonferenz die Haushalts- und Finanzausschusssitzung von 16.00 Uhr auf 15.00 Uhr vorverlegt werden könne, damit es bei der kommenden Haushaltsberatung keinen Zeitdruck geben würde. Der Ausschuss stimmte allgemein zu. Herr Runden bemerkte, dass er dann einen Vertreter entsenden müsse.

## **TOP 6      Anfragen**

Da keine Anfragen vorlagen, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.54 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

gez. Hauke Sattler

gez. Wolfgang Kellner

gez. Hartmut Schubert

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

F.d.R.:

gez, Schubert

Protokollführer